

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P, XXIV/180

Bonn, den 22. September 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Die Erbschafts-Legende 51

Kiesinger im Urteil von Konrad Adenauer

Von Hans-Jürgen Wischniewski, Bundesgeschäftsführer der SPD

2 Willy Brandt in New York 31

Im Vordergrund stehen - trotz Wahlkampf - die
Interessen der Bundesrepublik

3 Rasches Handeln, das Gebot der Stunde 44

Zur Tarifsituation im Öffentlichen Dienst
Die Initiative der SPD

4 Bundestagswahl 1969 - Hauptthema auf der Iberischen Halbinsel 40

NPD machte sich unbeliebt
Ungeheures Interesse der Öffentlichkeit
Von unseren MD-1-Korrespondenten in Madrid

A N H A N G

1 - 3 "Demagogie ist eine Beleidigung für den mündigen Bürger" 140

Mit Professor Carlo Schmid in Rheinland-Pfalz
Beobachtungen im Wahlkampf von G. Markscheffel

Die Erbschafts-Legende

Kiesinger im Urteil von Konrad Adenauer

Von Hans-Jürgen Wischniewski, Bundesgeschäftsführer der SPD

Es vergeht kaum eine Wahlkampfrede Kurt Georg Kiesingers, in der der Bundeskanzler sich nicht als Nachfolger Konrad Adenauers vorstellt. So hieß es auf der CDU-Wahlkampföffnung in Dortmund, als Kiesinger über die "wichtigste Aufgabe der kommenden Jahre" sprach: "...und Konrad Adenauer hat sie mir auf die Seele gebunden als Sterbender". - Der Bebenhausener Kanzler wollte mit diesem rhetorischen Schlenker offenbar suggerieren, daß der Rhöndorfer Kanzler ihn zu sich rief, um ihm Deutschland als Erbe zu übertragen. Abgesehen von der Tatsache, daß es in unserer Demokratie kein politisches Erbrecht, sondern nur die Entscheidung der Wähler gibt, macht das Verhältnis Konrad Adenauers zu Kiesinger über die Jahre hinweg deutlich, daß an Kiesingers Erbschafts-Legende einiges faul ist.

Denn Konrad Adenauer hatte Kiesinger während seiner Amtszeit immer wieder herumgestoßen. Den Anlaß gab 1950 der CDU-Parteitag in Goslar. Kiesinger wurde mit knapper Mehrheit zum Generalsekretär der CDU gewählt und lehnte ab, weil ihm die Mehrheit nicht ausreichte. Adenauers Kommentar: "Aber, Herr Kiesinger, Sie wollen ne Politiker sein?" - Für Kiesinger folgte von dieser Zeit an eine oft peinliche Niederlage der anderen.

1951 visitierte Kiesinger, die Position eines Bundespressechefs an. Das entscheidende Gespräch mit Adenauer verlief enttäuschend. Am 9. November hieß es in einer Erklärung des Bundespresseamtes höflich, Adenauer und Kiesinger hätten sich darüber geeinigt, daß Kiesingers Mitarbeit in der CDU von größerer Bedeutung sei. Kiesinger zog nicht ins Bundespresseamt ein.

Nach den Bundestagswahlen von 1953 hoffte der außenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion auf Ministerwürden. Adenauer übergang ihn. Nachdem es Kiesinger 1955 nicht gelungen war, die Position eines CDU-Fraktionsvorsitzenden zu erlangen, erhielt er klare Zusagen für ein Ministeramt im Wahljahr 1957. Er hoffte, unter drei Ressorts wählen zu können: Dem Justiz-, dem Gesamtdeutschen und einem eigens für ihn geplanten Europa-Ministerium. Adenauer bildete nach zähen Verhandlungen das Kabinett - o h n o Kurt Kiesinger, der im Bundeshaus auf den Anruf Adenauers wartete. Als Adenauer ihm sein Nein mitteilte, wurde es für Kiesinger endgültig klar, daß er in Bonn keinen Fuß auf den Boden bekam. Einige Bemühungen, Kiesinger mit einem Botschafterposten zu entschädigen, verliefen im Sande. Kurt Georg Kiesinger entschied sich nach diesen Niederlagen für die Landespolitik und ließ sich im Dezember 1958 zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg wählen.

Die geringe Meinung, die Adenauer von Kiesinger hatte, wurde auch in seinen Memoiren erkennbar. In den vierbändigen Erinnerungen des Bundeskanzlers wird Kurt Georg Kiesinger genau zweimal erwähnt: einmal in Band II als Mitglied der Delegation, die den Bundeskanzler 1955 nach Moskau begleitete, das andere Mal in Band III, als Teilnehmer einer Sprechung über die Nachfolge des Bundespräsidenten im Februar 1959. Mehr über Kiesinger, der immerhin lange Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag gewesen war, hielt Konrad Adenauer nicht für berichtenswert.

Im Lichte der hier genannten Tatsachen erscheint der Versuch Kurt Georg Kiesingers, sich durch seine Erbschafts-Legende im Wahlkampf 1969 ein Stück vom Charisma Konrad Adenauers zuzuschauen, nur amüsant.

Willy Brandt in New York

Im Vordergrund stehen - trotz Wahlkampf - die
Interessen der Bundesrepublik

sp - Bundesaußenminister Willy Brandt befindet sich zurzeit in New York, um dort während der UNO-Vollversammlung mit den Außenministern der wichtigsten Bündnispartner der Bundesrepublik Deutschland und anderer Länder Probleme der Sicherheit zu besprechen, die unmittelbar auch uns angehen. Der Parteivorsitzende der SPD hat diese Reise auf Einladung des amerikanischen Außenministers Rogers unternommen. Er mußte deshalb zu Beginn dieser Woche einige seit langer Zeit festgesetzte Wahlveranstaltungen absagen.

Diese Entscheidung ist Willy Brandt nicht leicht gefallen. Er hat sie trotzdem getroffen, weil er meint, daß der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland zur Stelle sein muß, wenn in New York bei der UNO über die schwierigen Fragen der Sicherung des Friedens und der Beseitigung der Konfliktstoffe in der Welt gesprochen wird.

Gewiß, die Bundesrepublik Deutschland ist nicht Mitglied der UNO. Aber trotzdem werden die Argumente des deutschen Außenministers zur Welt-situation geschätzt. Die wirtschaftliche Kraft der Bundesrepublik Deutschland hat ihr eigenes Gewicht bei Überlegungen zur internationalen Politik.

Außerdem: Es ist notwendig, daß ein deutscher Bundesminister überall dort, wo es nur möglich ist, den Friedenswillen des deutschen Volkes eindringlich darstellt und hierbei seinen Gesprächspartnern auch deutlich zu verstehen gibt, daß ein Wahlkampf aus so wichtigen Gründen einmal für kurze Zeit unterbrochen werden kann.

Wir sind sicher, daß die Menschen draußen im Land, die Willy Brandt zu Beginn dieser Woche erwarteten, dafür Verständnis haben. Getreu der Zusage, daß die sozialdemokratischen Bundesminister die ihr anvertraute Verantwortung in der Regierung auch während des Wahlkampfes sehr ernst nehmen, hat Willy Brandt die Entscheidung zu seiner Reise nach New York getroffen. Es geht um die Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Ein Sozialdemokrat weiß, daß nichts ihr daran hindern kann, die ihm übertragene Verpflichtung zu erfüllen.

Rasches Handeln, das Gebot der Stunde

Zur Tarifsituation im Öffentlichen Dienst

Die Initiative der SPD

sp - Wenn heute noch Ruhe herrscht bei den Arbeitnehmern der Öffentlichen Dienste, so ist das ausschließlich den Sozialdemokraten zuzuschreiben. Morgen, Dienstag den 23. September, wird sich das Bundeskabinett mit der Tarifsituation befassen. Auch das ist ein Verdienst der SPD. Ihre Bundesminister drängten auf diese wahrscheinlich letzte Sitzung des Bundeskabinetts, weil sie Gefahren abwenden wollen, und weil sie die Verpflichtung des Bundes, der Länder und Gemeinden als öffentliche Arbeitgeber anerkennen, in sofortige Tarifverhandlungen einzutreten. Denn wenn auch noch Ruhe herrscht, so ist das eine Ruhe vor dem Sturm. Die Ministerpräsidenten der sozialdemokratisch regierten Länder und Stadtstaaten haben von sich aus die Initiative ergriffen, ebenso der Spitzenverband der Kommunalen Arbeitgeber. Die 1,2 Millionen Arbeitnehmer des Öffentlichen Dienstes verlangen ja nichts Unmögliches. Ihre Forderungen sind berechtigt. Sie in Einklang zu bringen mit den Notwendigkeiten der Stabilität unserer Wirtschaft und der finanzwirtschaftlichen Solidität der öffentlichen Haushalte ist das Gebot der Stunde. Es ist auch ein Gebot der Vernunft.

Die Erfüllung dieses Gebotes verträgt keine Verschiebung auf die lange Bank. Immerhin bleibt die jetzige Regierung der Großen Koalition noch bis zum 20. Oktober im Amt. Sie darf nicht, wie es Bundesinnenminister Benda wollte, bis dahin in Untätigkeit verharren. Das würde geradezu den Sturm heraufbeschwören, den es zu vermeiden gilt.

Auch in Wahlzeiten muß die Regierung handeln können, kann sie die Zügel nicht schleifen lassen. Ist das Zögern des Bundesinnenministers, in sofortige Verhandlungen einzutreten, auf die Spekulation zurückzuführen, es könnte in dieser Woche im Öffentlichen Dienst doch noch zu unregulären Arbeitsniederlegungen kommen, von deren Auswirkungen man sich wahlpolitische Vorteile verspricht? Das wäre eine böse und frevle Spekulation, geboren aus der Richtungslosigkeit und den Schwächenanfällen der Unionsparteien.

Franz Josef Strauß sprach in diesem Zusammenhang von einer "Panikstimmung" der Gewerkschaften und von einer "durch Hetze beunruhigten Arbeitnehmerschaft". Welch bewußte Verzerrung der wahren Lage! Die Arbeitnehmer sind nicht durch Hetze beunruhigt, sondern durch den anhaltenden Preisanstieg, den zu verhindern Bundeswirtschaftsminister Schiller anstrebte. Strauß und Kiesinger fielen ihm dabei in den Rücken. Daran läßt sich nichts deuteln.

Rasches Handeln ist geboten, soll der Sturm vermieden und unübersehbarer Schaden abgewehrt werden. Die Arbeitnehmer der Öffentlichen Hand beanspruchen ein Recht, das nur derjenige ihnen verweigern kann, der jedes Augenmaß verloren hat, die sozialen Spannungen übersieht und nur an den Wahlkampf denkt.

+ + +

Bundestagswahl 1969 - Hauptthema auf der Iberischen Halbinsel

NPD machte sich unbeliebt

Ungeheures Interesse der Öffentlichkeit

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Seit Wochen berichten Spaniens und Portugals Massenmedien von der bevorstehenden Bundestagswahl, die sie ebenso wichtig nehmen wie den Nahost-Konflikt oder die Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking, die Vorgänge in der CSSR und den Vietnamkrieg. Dies allein zeigt die Größenordnung, die auf der Iberischen Halbinsel dem Bundestagswahlkampf zuerkannt wird.

Je näher der Wahltermin rückt, desto ausführlicher werden die Berichte, desto mehr wächst das Interesse der Öffentlichkeit. Der NPD werden nur geringe Chancen eingeräumt, "Adolf II." hat sich in eine schwarze Witzfigur verwandelt; selbst die autoritär gesinnten Machthaber in Madrid und Lissabon können die NPD nicht ausstehen, weil sie bei einem Wahlsieg alle Gastarbeiter abschieben und damit auch die Länder der Pyrenäenhalbinsel in wirtschaftliche Bedrängnis führen will. Der Berlin-Korrespondent des spanischen Rundfunks, Pedro Bender, nimmt ebenso wie seine anderen iberischen Kollegen die NPD weidlich auf den Arm.

Freilich sehen die Regierenden in Madrid und Lissabon am liebsten eine Fortsetzung der Großen Koalition, stellen sich aber auch auf andere Lösungen ein. Hervorstechende Meinung in beiden Hauptstädten: Unbeschadet des Wahlausgangs kann in Bonn an der SPD nicht mehr vorbei-regiert werden. Den Besuch von Vizekanzler Brandt in Lissabon und die Iberien-Reise von Kanzler Kiesinger noch deutlich vor Augen, wird der "Großen Koalition" und damit auch der SPD-Regierungsbeteiligung nachgesagt, sie habe das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den beiden iberischen Staaten so harmonisch gestaltet wie kaum eine vorangegangene Bonner Regierung. Dabei fällt ein heiserer Tadel ab für die CDU/CSU, die allenfalls die autoritären Regimes hoffierte, während die Große Koalition alle Bevölkerungsgruppen der Pyrenäenhalbinsel ansprechen konnte und für eine echte Vertiefung langverwurzelter freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern sorgte.

Die 12.000 Deutschen in Spanien und 6.000 Bundesbürger in Portugal wählen per Briefwahl, soweit sie einen zweiten Wohnsitz in der Bundesrepublik unterhalten. Bei den Auslandsdeutschen hat die SPD in den letzten Monaten stark an Anhang gewonnen, während die FDP und Splitterparteien kaum gefragt sind. Die CDU/CSU besitzt auch in Spanien und Portugal ihre deutschen Stammwähler, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Ehalanz unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse abbröckelt. Gespannt warten 42 Millionen Menschen auf das Wahlergebnis vom 28. September und auf die anschließende Regierungsbildung in Bonn. Neben Frankreich ist die Bundesrepublik für Spanier und Portugiesen das interessanteste Land Europas.

"Demagogie ist eine Beleidigung für den mündigen Bürger"

Mit Professor Carlo Schmid in Rheinland-Pfalz

Beobachtungen im Wahlkampf von G. Markscheffel

Bundesminister Professor Carlo Schmid führt in Rheinland-Pfalz die Landesliste der SPD an. In seinem alten Wahlkreis Mannheim ist er Direktkandidat. Der 73jährige schont sich nicht. Er steigt in die "Arena" wie ein junger Kandidat. Gewiß, nicht ganz so temperamentvoll, aber mit der Überlegenen Präsenz seines großen Wissens, mit der Eindringlichkeit des Lehrenden und mit der Überzeugungskraft und Autorität eines Mannes, der schon einigen Generationen vorgelebt hat, was er unter "Politik" und besonders unter "Demokratie" versteht.

Ob auf dem Marktplatz in Simmern, bei einer kurzen Ansprache in Castellaun oder in einem überfüllten Saal der Moselstadt Zell - überall beginnt Carlo Schmid seine Reden mit einem kurzen Kolleg über das Wesen der Demokratie. Da hören die Menschen den Professor sagen, Demokratie sei die politische Forderung zur Selbstachtung eines Volkes. Oder: "Demokratie ist der Ausdruck der Mitmenschlichkeit, der Achtung vor der Meinung des anderen Bürgers und der Appell an die Vernunft."

Erstaunlich: Carlo Schmid's Zuhörer - Arbeiter, Bauern, Geschäftsleute, Akademiker, junge und alte Menschen - viele auch, denen man materielle Sorgen ansieht, sie alle klatschen Beifall; vereint in dem Bewußtsein - wie einer sagte -, "daß es bei dieser Politik wohl doch etwas geben muß, das den Menschen über den Alltag hinaushebt, auch wenn es nicht um materielle Dinge geht."

Carlo Schmid macht keine Konzessionen, an nichts und gegenüber niemandem. Er sagt z.B., fast trocken und ohne Betonung: "Wir versprechen niemandem etwas, weil wir meinen, daß es frevelhaft ist, den Bürgern nach dem Munde zu reden, vielleicht nur, um etwas Beifall zu bekommen. Wir sagen, was wir für möglich halten und was wir erreichen wollen."

Und dann zählt er auf: "Wir meinen, daß es möglich ist, mit einer guten Mannschaft für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Wir sind sicher, daß auch das Einkommen der arbeitenden Menschen und die Renten unserer älteren Mitbürger gesteigert werden können, wenn wir in Deutschland endlich eine gerechtere Steuerordnung schaffen, die reine Spekulationsgewinne genauer betrachtet als dies bisher der Fall war. Wir sind sicher, daß es auf der Grundlage einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik möglich ist, ein modernes Bildungswesen zu schaffen, das jedem begabten jungen Menschen echte Aufstiegschancen bietet; ganz gleich, ob seine Eltern begütert sind oder nicht."

In einer Versammlung sagt der "Herr Professor", wie er überall angedredet wird: "Ich habe gerade in diesem Wahlkampf die Erfahrung

gemacht, daß die Menschen Argumente und nicht Geschimpfe hören wollen. Ich lehne es ab, mich auf das Niveau des billigen Jakob zu begeben, weil ich meine, daß Demagogie eine Beleidigung des mündigen Bürgers ist." - Selbst dort, wo der eine oder andere vielleicht erwarten könnte, ein Wahlredner müßte den Gegner hart angehen, weil wenige Tage zuvor an gleicher Stelle die Sozialdemokratie beschimpft und verleumdete wurde, verzichtet Carlo Schmid auf harte Worte. Er erwähnt höchstens die Entgleisung, fügt aber sofort hinzu, es sei ihm peinlich, "an so etwas" erinnern zu müssen, er habe aber die Gewißheit, daß die Wähler selbst wüßten, was sie von soviel Dummheit zu halten hätten...

Die Zuhörer sind Carlo Schmid für diese Art von Wahlkampf dankbar. Selbst auf freien Plätzen, wo es meist schwierig ist, die Aufmerksamkeit zu gewinnen, sieht man auf den Gesichtern der Versammelten das starke Interesse. Man sieht Gruppen von politischen Gegnern, Flugschriften der CDU in den Händen haltend, die vor soviel Klarheit der Aussage und Anständigkeit der zum Ausdruck gebrachten Gesinnung kapitulieren. Sie, die sich verabredet hatten, die Flugschriften zu verteilen, bleiben still stehen, lauschen angespannt und stecken nach einer Weile ihre Blätter in die Tasche.

Störungen erlebt Carlo Schmid bei seinem Wahlkampf ganz selten, höchstens gelegentlich einen vagen, meist deplazierten Zwischenruf, der aber niemanden sonderlich erregt, am wenigsten den Redner selbst. Am Rande einer Kundgebung frage ich einige sichtbar als APO drapierte junge Männer, ob sie nicht mit Carlo Schmid diskutieren wollen. Zunächst etwas höhnisches Grinsen. Dann sagt einer: "Wissen Sie, der ist zu anständig." -

Ist das nun die bessere Einsicht, oder ist es, weil Carlo Schmid gerade Mao zitiert hat, das Wort von dem längsten Marsch, der auch mit einem ersten Schritt beginnt? Es ist schwer zu sagen. Wahrscheinlich strahlt der Mann, der da oben steht und einfach zu einfachen Menschen spricht, soviel natürliche Würde aus, daß es selbst seinen politischen Gegnern schwerfällt, daran zu glauben, daß sie Gegner sind.

So ist es auch bei den zahlreichen Empfängen, die dem "Herrn Minister und Professor" selbst an Orten gegeben werden, wo - was ja in Rheinland-Pfalz nicht selten ist - "die andere Couleur" den Ton angibt. Da kommt der Bürgermeister, trägt die Sorgen seiner Gemeinde vor und stellt sich "dem Mann aus Bonn" vor wie jemand, der mit seinem Parteifreund spricht. Wo gelegentlich die Stimmung etwas steif ist, weiß Carlo Schmid schnell eine Begebenheit aus der Geschichte der Gemeinde zu erzählen. Er verblüfft den Gesprächspartner mit historischen Kenntnissen, weiß zu erzählen, wie der Name dieser oder jener Stadt entstanden ist - oft wissen das die Gemeinderäte nicht -, geht aber dann meist sofort auf die Gegenwart mit ihren Schwierigkeiten und Hoffnungen über. Auch hier wird der Besuch des Politikers zum Kolleg. Es werden Hinweise auf nicht verabschiedete Gesetze gegeben, die aber dringend notwendig wären, wenn dies oder jenes in Zukunft besser gemacht werden soll.

Und meist kommt das Goldene Buch. Wenn der Wahlkampf vorüber ist, wird wohl mancher Bürgermeister oder Landrat und mancher Gastwirt ein

nettes Verslein des Übersetzers von Baudelaire in "seinem Buch" finden, ein kleines Dankeswort als Erinnerung an das Beisammensein.

Es geht weiter über die Höhen des Hunsrück, hier und dort anhaltend in einem kleinen Ort. Carlo Schmid spricht mit den Menschen, die am Straßenrand stehen. Niemand hat ihn erwartet und meist muß er sich erst vorstellen, damit die Gesprächspartner wissen, wen sie vor sich haben. Es sind Bauern, Arbeiter und kleine Geschäftsleute. Ihnen allen ist trotz der Abgeschiedenheit ihrer Wohnorte das Wort "Strukturverbesserung" ein Begriff. Da wird von den Pendlern gesprochen, die oft 14 Stunden am Tage unterwegs sind, um irgendwo in einer Industriestadt arbeiten zu können. Der kleine Bauernhof reicht zur Ernährung der Familie nicht aus.

Hier ist Carlo Schmid alles andere als ein "Herr Professor". Er kennt die Probleme, verweist mit wenigen Worten darauf, wieviel in der Vergangenheit versäumt wurde, gibt aber gelegentlich etwas lächelnd zu verstehen, daß man ja wohl gerade in dieser Gegend vornehmlich CDU gewählt habe. Die Reaktion auf solche Bemerkungen ist meist ein etwas betretendes Lächeln, ein Achselzucken und in einem Falle sogar der Hinweis auf die Kirche, vor der man gerade steht und sich unterhält.

Zum Abschied sagt er: "Ich bin gespannt, ob Sie diesmal wissen, wer Ihre Interessen wirklich vertritt."

Spät in der Nacht, im Kreise alter Freunde, werden manche Erinnerungen an frühere Wahlkämpfe ausgetauscht. Da ist davon die Rede, wie es kurz nach dem Kriege in der französischen Besatzungszone war. Da wird erzählt, wie man 1946 Dr. Kurt Schumacher, der damals von General König ein Einreiseverbot erhalten hatte, heimlich über die Zonengrenze bringen mußte, damit er sich in einem Dorf unweit von Neustadt Weinstraße mit französischen Sozialisten treffen konnte. Man denkt an die Zeit zurück, in der gegen die Beschlagnahmen aus der laufenden Produktion, die Ausräuberung der Wälder und die Eintreibung des Viehs protestiert wurde. Und sinnend sagt Carlo Schmid: "Das war eine Zeit, in der wir Sozialdemokraten, oft genug allein, die Interessen unseres Volkes vertreten mußten, ohne dabei jenen Stimmungen nachzugeben, die schon wieder einen falschen Nationalismus predigen wollten."

Landauf, landab ist Carlo Schmid, der Spitzenkandidat der Landesliste der SPD in Rheinland-Pfalz, zu hören. Wo er hinkommt, schlägt ihm eine Welle von Sympathie und Respekt entgegen. "Ein großer Mann", sagen die einen, "ein Lehrender" die anderen. Wenn Carlo Schmid solche Worte hört, winkt er mit einer leichten Geste ab und meint: "Was wollt Ihr eigentlich. Ich bin ein Sozialdemokrat; die schmückenden Beiworte könnt Ihr Euch sparen."